

An den Oberbürgermeister
der Stadt Leonberg
Herrn Martin G. Cohn
Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion im Gemeinderat
der Stadt Leonberg

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

26. Januar 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

für den Haushalt 2021 bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Anträge** ein:

1. Klimavorbehalt und Klimamanager*in
2. Kulturelles Erbe erhalten
3. Bei der Mobilität etwas bewegen
4. Mehr Biodiversität im Wald – Alt- und Totholzkonzept

Die Anträge und Begründungen finden sich auf den nachfolgenden Seiten.

Antrag:

1. Die Stadt Leonberg signalisiert, dass sie auf lokaler Ebene alle möglichen Anstrengungen unternimmt, um ihren Beitrag zu leisten, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.
2. Damit wird der Anspruch verknüpft, umgehend ambitionierte Maßnahmen gegen die Klimakrise einzuleiten, sodass die Entscheidungen und Handlungsweisen der Stadt Leonberg mit den Empfehlungen des „Sonderberichtes über 1,5 °C globale Erwärmung“ des Weltklimarates (IPCC1) von 2018/2019 bzw. der EU-Climate-Action-Verordnung von 2018 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 - 2030 vereinbar sind.
3. Die Stadtverwaltung etabliert einen Klimavorbehalt im Vorfeld aller Beschlussfassungen. In diesem Prozess wird die Verträglichkeit der einzelnen Beschlüsse mit den Empfehlungen des Berichtes des IPCC von 2018 / 2019 bzw. der EU-Climate-Action-Verordnung überprüft.
4. Die Stadtverwaltung sichert innerhalb der Verwaltungsverfahren organisatorisch die Belange des Klimaschutzes und führt dafür ab 2020 ein zertifiziertes Klimaschutzmanagement-System wie z.B. den EEA European Energy Award ein.
5. Die Stadt Leonberg stellt eine/n Klimamanager*in in Vollzeit ein.

Begründung:

Mit der bisherigen Politik in der Stadt werden die allgemeinen Klimaschutzziele nicht erreicht. Gleichzeitig haben die Kommunen nach §7 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz.

In Anbetracht dieser Ausgangslage soll dieser Antrag die kommunalen Klimaschutzziele der Stadt Leonberg betonen und wiederholt unser Anliegen des letzten Haushalts, in dem Teile schon mehrheitlich beschlossen, bis heute aber nicht angegangen worden sind.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Der Gemeinderat Leonberg bewilligt sowohl für die Umgestaltung der Alten Schuhfabrik als auch für das Bauernhausmuseum Gebersheim jeweils 100.000 € und zieht Gelder, die für die kommenden Jahre, oder im Fall des Gebersheimer Museums erst für 2024 geplant sind, vor.

Begründung:

Im November hat sich die Projektgruppe zur Alten Schuhfabrik getroffen und wird ihre Beratungen im Frühjahr fortsetzen, danach wird der Gemeinderat beschließen. Wegen der prekären baulichen Situation des Gebäudes und wegen des engen Zusammenhangs mit dem Post-Areal sollten daraus noch in diesem Jahr Planung und erste Maßnahmen erfolgen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Bauernhausmuseum in Gebersheim. Die Substanz des Museums ist so gefährdet, dass es selbst ohne Corona geschlossen bleiben müsste. Nicht nur droht damit der Verlust eines Charakteristikums des Ortsteils Gebersheim, sondern auch ein Mitgliederschwund des sehr engagierten Vereins. Außerdem wird eine Sanierung nach Jahren des Verfalls teurer als jetzt. Der Ortschaftsrat Gebersheim plädiert deshalb für eine Mitteleinstellung für 2021.

Gudrun Sach
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

1. Der Fußgängerüberweg auf der Stuttgarter Straße (bei der Bushaltestelle Engelberg) ist schon im Jahr 2021 anzulegen: Mit einem Zebrastreifen ist sicherlich dem Anliegen der Anwohner*innen im Sinne einer zeitnahen Entschleunigung wesentlich mehr entsprochen, als heute mit den entsprechenden Planungskosten (s. S. 220) eine teure Lösung mit Querungshilfe (allein 50.000 €) für das Jahr 2024 zu projektieren.
2. Für die Umsetzung des unverändert gültigen Radwegekonzepts sind 200.000 € in den Haushalt einzuplanen.
Aktuell finden sich 30.000 € für den „Anschluss des Radwegs an der B295 an das Radwegenetz“ (s. S. 653). Bis heute besteht hier gar kein Radweg! Nach den vorliegenden Informationen gibt es immer noch Uneinigkeit mit den Besitzern*innen hinsichtlich des notwendigen Grunderwerbs für die Verbindung zwischen Leonberg und Ditzingen. Dieser Radweg muss jetzt schnellstens gebaut werden. Die aktuell geplanten 30.000 € dürften für den Bau bei weitem nicht ausreichen.
Außerdem sind 50.000 € für eine „Entwurfsplanung Radschnellweg“ eingestellt, der 35.000 € Zuwendung des Landes für die Planung gegenüberstehen (s. S. 653 ff.). Bevor derartige Ressourcen in ungewisse Konzepte gesteckt werden, ist es notwendig, innerhalb der Stadt für Sicherheit im Alltagsverkehr zu sorgen. Hierzu liegen schon lange reichlich Vorschläge von RadL und jetzt auch aus dem Jugendausschuss vor.
3. Für den S-Bahn-Haltepunkt Rutesheim/Silberberg ist schnellstmöglich eine qualifizierte Planung vorzustellen, wie dort für alle Beteiligten die Verkehrssituation sicherer gemacht werden kann. Sicherlich ist es möglich, für deutlich weniger Geld als die veranschlagten 170.000 € (s. S. 666) + Planungskosten (ebenfalls s. S. 220) eine nachhaltige Lösung schnell umzusetzen, die dem Anliegen der Anwohner*innen entspricht.

Hintergrundinformation zu Punkt 2:

Die geplanten Ausgaben für den Ausbau einer Radinfrastruktur in Leonberg gehen zurück, auf jetzt knapp 1,00 €/Einwohner.

Schon 2016 kam das Bundesverkehrsministerium in einer Untersuchung zum „Nationalen Radverkehrsplan 2020“ zu dem Ergebnis, dass „Einsteigerkommunen“ zwischen 8,00 € und 13,00 € einplanen müssten. Greenpeace weist in einer Veröffentlichung 2018 darauf hin, dass Kopenhagen 35,60 € investiert, Utrecht 132,00 €. Im Februar 2019 hat Stuttgart beschlossen, sein Budget von 20,00 € auf 40,00 € pro Jahr und Einwohner*in zu erhöhen.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antrag:

Im Stadtwald Leonberg wird das landesweite Alt- und Totholzkonzept umgesetzt.

Begründung:

ForstBW erläutert in seinen Ausführungen die besondere Bedeutung von Alt- und Totholz: "Im Wald leistet Alt- und Totholz einen besonders wichtigen Beitrag, da es Lebensraum für zahlreiche, oftmals gefährdete Arten bietet. Der Erhalt von Alt- und Totholz trägt maßgeblich zur Sicherung und zur Stärkung der Biodiversität bei, dem zentralen Ziel sowohl der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg als auch der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW.

Zur Umsetzung dieses Ziels in die Praxis wurde das Alt- und Totholzkonzept entwickelt. Mit diesem Konzept wurde eine umfassende Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie für diese wertvollen Lebensräume erarbeitet. Damit erfolgt einerseits die Umsetzung des aktuellen Artenschutzrechts. Es verdeutlicht andererseits, dass ForstBW in Waldnaturschutzfragen bundesweit eine führende Rolle eingenommen hat.

Das Alt- und Totholzkonzept wird im Staatswald seit Februar 2010 verbindlich umgesetzt. Die Ausweisung von Habitatbaumgruppen und von Waldrefugien gehört seither fest zu unserem forstlichen Handwerkszeug.

Soweit heute absehbar, werden wir die für 2020 für den Staatswald gesteckten Ziele sowohl bei den Habitatbaumgruppen als auch den Waldrefugien voll und ganz erreichen."

Dr. Bernd Murschel

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN